



Friedhelm Hengsbach SJ

Wir gehen voran – in der demokratischen Aneignung des Kapitalismus

Rede zum 1. Mai 2010 im Düsseldorfer Hofgarten

**Oswald von Nell-Breuning Institut
für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik**

Offenbacher Landstr. 224
60599 Frankfurt/Main, Germany
Tel. 0049 (0) 69-6061-369, Fax -559
eMail: nbi@sankt-georgen.de
web: www.sankt-georgen.de/nbi

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gestern, am Vorabend des 1. Mai hatte die Stadt Ludwigshafen zum Arbeitnehmerempfang eingeladen. Das Thema hieß: „Industriepolitik nach der Finanzkrise“. „Nach der Krise“ – höre ich schlecht?

Ja, es gibt sie, die laut rufen: Wir sind noch mal davon gekommen! Die Börse bewegt sich im Aufwind. Die Stabilisierung der Banken macht Fortschritte. Die Spekulation hat neue Märkte erschlossen – Rohstoffe, Nahrungsmittel, Währungen. Die Deutsche Bank meldet den höchsten Quartalsgewinn ihrer Geschichte. Das Ausland staunt über die relativ niedrigen Arbeitslosenzahlen in Deutschland. Allerdings wird das von den Großbanken verursachte Finanzdesaster, der dramatische Absturz der Realwirtschaft und jetzt die drohende Zahlungsunfähigkeit von Staaten von den öffentlichen Haushalten, vor allem von den Kommunen und von den abhängig Beschäftigten.

Gab es vor vier Jahren nicht einen ähnlichen Fanfarenstoß? Zwei Millionen Arbeitsplätze schienen 2006-2008 zusätzlich geschaffen. Aber bald stellte sich heraus, dass die Hälfte aus Teilzeitarbeit, Leiharbeit, befristeter, prekärer Arbeit zu Armutslöhnen bestand, zu Löhnen, die durch Sozialleistungen auf ein menschenwürdiges Existenzminimum aufgestockt werden musste. Auch im Jahr 2010 fehlen 5 Millionen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze, denen 700 000 offene Stellen gegenüberstehen. Kurzarbeit ist verdeckte Arbeitslosigkeit

Ein Sozialforschungsinstitut in Bielefeld, das seit Jahren „Deutsche Zustände“ beobachtet und beschreibt, hat für dieses Jahr ermittelt, dass die Bevölkerung mit sehr pessimistischen Erwartungen die gesellschaftlichen Verhältnisse betrachtet, das eigene private Umfeld jedoch ziemlich gelassen beurteilt. 90% der Befragten rechnen mit sozialem Abstieg und Armut, Drei Viertel meinen, das Gespür für Solidarität sinke, zwei Drittel fürchten, dass es immer weniger gelinge, schwache Mitglieder der Gesellschaft mit zu versorgen, und ein Drittel ist davon überzeugt, dass wir es uns in Zukunft nicht mehr leisten können, allen Menschen gleiche Rechte zuzugestehen. „Wut und Apathie“ kennzeichnen die allgemeine Stimmungslage infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise in Deutschland.

„Raubt es ihnen nicht den Schlaf, wenn Sie daran denken, was Sie angerichtet haben?“ So hat vor kurzem der Chefermittler im US-amerikanischen Senat einen führenden Banker gefragt. Und dessen Antwort: „Unsere Schuld war es nicht, wirklich nicht“. Nein sie weisen jede Verantwortung von sich, außer dass sie Fehler gemacht hätten, ohne zu erklären, worin ihr Fehlverhalten besteht. Die Finanzkrise sei über sie gekommen wie ein Hurrikan, ein Tsunami, ein Erdbeben oder die Asche des isländischen Vulkans. „Keiner von uns ist dafür verantwortlich, weder ein Manager noch ein Aufsichtsrat“. „Solange die Musik spielt, musst Du tanzen. Nur wenn die Musik stoppt, wird es kompliziert.“ Josef Ackermann bestätigt: „Wir sind alle Getriebene der Märkte. Wer zu den ersten Adressen gehören will, muss außerordentliche Risiken eingehen, sondern ist er schnell draußen“.

Die Ökonomen, die vor dem Scherbenhaufen ihrer Analysen stehen, flüchten in lyrische Bildwelten, um zu erklären, warum Finanzkrisen zum Kapitalismus dazu gehören wie das Wasser zum Meer. Wie im Herz-Kreislaufsystem expansive und kontraktive Bewegungen zu beobachten sind, ist es auch auf den Finanzmärkten. Und wie wir Frühling, Sommer, Herbst und Winter kenne, so wechseln euphorische

und depressive Phasen bei der Herde der Kapitaleigner ab. Schon vergessen, dass die Wirtschaft keine Naturgewalt, keine historische Notwendigkeit, sondern ein Kulturgut ist, von Menschen geschaffen, damit sie den Menschen dient?

Die Kanzlerin erklärt weise, dass jede Krise die Chance eines neuen Aufbruchs biete. Aber sie sagt nicht, wie dieser Neustart aussehen soll. Und erst recht sehen die politischen Entscheidungen ihrer Wunschkoalition nicht nach einem Neustart aus.

1. Lernen aus der Krise – wer kann, wer will es?

Haben die Manager der Finanz-, Handels- und Industriekonzerne aus der Krise gelernt, haben die politischen Entscheidungsträger etwas gelernt? Haben sie überhaupt etwas lernen wollen?

(1) „Schneller, einfacher, effizienter“?

Nach der Finanzkrise hätte es nahe gelegen, dass die Manager ihre ausschließliche Orientierung an den Interessen der Aktionäre aufgeben, dass sie gleichberechtigt die Interessen der Belegschaften, die Interessen der Kunden, der Zulieferer und der Gemeinden, von der Vorleistungen die Firma profiziert, berücksichtigen. Sie sollten sich davon verabschieden, das Unternehmen als eine Kapitalanlage in den Händen der Kapitaleigner zu betrachten. Sie hätten lernen können, dass das Arbeitsvermögen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die kostbarste Ressource ist, über die ein Unternehmen verfügt. Sie haben nichts oder kaum etwas dazu gelernt.

Eine wissenschaftliche Untersuchung, die gerade von einer therapeutischen Gesellschaft veröffentlicht wurde, belegt, dass fast jeder zehnte Arbeitnehmer, der krankgeschrieben wird, an seelischen Störungen leidet, dass die Fehlzeiten von Arbeitnehmern wegen solcher Krankheiten sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt haben, und dass das Fatale der seelischen Störungen darin besteht, dass man/frau sich zwar weiter zur Arbeit schleppt, aber weniger leistungsfähig ist, bis am Ende die Seele total streikt und ausbrennt.

Wären die Unternehmensleitungen lernfähig oder lernwillig, würden sie nicht trotz eines Nachfrageanstiegs Personal abbauen, so dass die Nichtentlassenen die Arbeit derer, die nicht mehr dabei sind mit übernehmen müssen, Sie würden nicht ständig die Arbeitsanforderungen erhöhen. Sie würden nicht das hohe Lied der Flexibilisierung singen und die abhängig Beschäftigten dem betrieblichen Interessen unterwerfen. Sie würden nicht die Zeiten der unbezahlten Mehrarbeit ausweiten, nicht die Arbeitszeitkonten überfließen lassen und die Gelegenheit nutzen, sie durch verordnete Kurzarbeit zu verschlanken. Und sie würden relativ autonom Arbeitende nicht dazu nötigen, ihre Leistung durch Selbstausbeutung zu steigern und den Arbeitsdruck auf ihre Familie abzuwälzen.

Wären die Firmenchefs lernfähig, würden sie das Arbeitsvermögen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen nicht dadurch verschleißen, indem sie alle paar Jahre oder sogar Monate wie Missionare im Erweckungszeit vor die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hintreten, ihnen die beste aller Unternehmenswelten mit Erfolgswahlen und grünen Ampeln in allen betrieblichen Leistungseinheiten vorzaubern, den Anwesenden erklären, wie gut das Unternehmen im Wettbewerb aufgestellt sei, und wie stolz die Firmenleitung auf die Belegschaft sein könne. Und dann gleichzeitig die

notorisch bekannte Peitsche schwingen: „Aber im kommenden Jahr, da müssen Sie schneller, einfacher und effizienter arbeiten. Die Konkurrenz wartet nur darauf, uns vom Markt zu verdrängen. Und was wäre gewonnen, wenn wir weiter an das hohe Lohnniveau, die geregelten Arbeitszeiten und die tariflichen Vereinbarungen klammern, aber nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Welcher Manager ist in der Lage, den fortwährenden organisatorischen Umbau verständlich zu machen, wenn über Jahre hinweg keine klare Linie erkennbar ist, wenn die wirtschaftlichen Resultate höchst zweifelhaft sind und wenn er, ohne die Belegschaft ernsthaft zu beteiligen, von oben rigoros verordnet wird? Darin liegt jedoch der Makel der Restrukturierungen: Von oben angeordnet, ohne einfühlsame Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verletzen sie deren Selbstwertgefühl, schwächen die Motivation, den aufrechten Gang, löchern die Identifizierung mit dem Unternehmen, treiben in die innere Emigration, erzeugen seelische Krankheiten, vergiften das Beziehungsnetz im Betrieb und in der Privatsphäre und verursachen existenzielle Krisen. Die überall auf Glanzbroschüren propagierte Balance von Arbeit und Leben wird durch die Alltagspraxis in den Unternehmen widerlegt.

(2) Politik nach der Debattenlage?

Die Unternehmen entschuldigen sich: Wie sollen wir lernfähig sein, wenn die Regierung es nicht ist? Ist die schwarz-gelbe Koalition lernfähig, lernbereit?

In der Schocksekunde der beispiellosen Finanzkrise, als selbst ein Josef Ackermann bekannte, dass er nicht mehr an die Selbstheilungskräfte des Marktes glaube, und als die Banken den Staat zu Hilfe riefen, den von Brandstiftern entflammten Finanzkapitalismus zu retten, sah es so aus, als sei der zerfaserte Nationalstaat als robuster Löwe erweckt worden und in der Lage, Schaden vom Volk abzuwenden und die gefährdete Finanzwirtschaft und auch die Unternehmen zu retten.

Tatsächlich war der Staat nicht der Retter aus der Krise, sondern deren Bestandteil. Er hatte schon längst die solidarischen umlagefinanzierten Sicherungssysteme deformiert, durch angebliche Jahrhundertreformen die Arbeitsverhältnisse entsichert und durch entsprechende Gesetze dazu beigetragen, dass Teilzeitarbeit Leiharbeit, Scheinselbständigkeit, Befristung prekäre Arbeitsverhältnisse, ein Niedriglohnsektor, Armutslöhne, die durch Sozialleistungen aufgestockt werden mussten, und Tariffucht wie ein Krebsgeschwür um die Kernbelegschaften herum metastasierten. Und die Steuer- und Finanzpolitik wurde zielgenau dazu eingesetzt, den Finanzplatz Deutschland wettbewerbsfähiger zu machen: Hedgefonds, Zweckgesellschaften, Finanzinvestoren wurden nach Deutschland eingeladen und steuerlich privilegiert hofiert.

Die Finanzmärkte seien die fünfte Gewalt in der Demokratie, so posaunte ein prominenter Banker den Regierenden ins Ohr. Und diese spielten die Rolle kooperativer Geiseln. Die Rettung der Banken war angeblich ohne Alternative. Gab es keine Möglichkeiten, ein ganz normales Insolvenzverfahren zu eröffnen, so dass die Lasten der Krise fair auf die privaten Schuldner und Gläubiger verteilt wurden, und diejenigen, die die Krise verursacht hatten, auch einen Teil der Kosten mittragen? Gab es keine Alternative dazu, dass der Vertrag über die Bankenrettung von privaten Unternehmen entworfen wurde, dass also die Brandstifter am Lenkrad des Löschzugs saßen? Ist die staatliche Verwaltung nicht kompetent genug? Oder wurde

der Staat über den Tisch gezogen? Gab es auch keine Alternative dazu, dass die Bankenkrise weithin unter Ausschluss des Parlaments geregelt wurde? Und kann die Regierung verständlich machen, dass Banken nicht so groß und verflochten sein dürfen, dass sie sich auf eine staatliche Rettung im Krisenfall verlassen können, und dass sie gleichzeitig die Commerzbank und die Deutsche Bank nicht zerlegt sondern noch größer macht, indem die Dresdner Bank der Commerzbank und die Postbank dem Giganten Deutsche Bank zugeschustert wurden? Was meint die Bundeskanzlerin im Nachhinein, wenn sie ausruft, dass es nicht noch einmal sein darf, dass eine Bank die Regierung erpressen kann?

Hat die Regierung gelernt? Hat sie lernen können und überhaupt wollen? Von den Absichtserklärungen und Beschlüssen der G 20 in London und Pittsburgh ist fast nichts in Gesetze gegossen worden. Keine Aufsicht und Kontrolle über die Hedgefonds, Zweckgesellschaften, den Derivatehandel, die Spekulation, die freien Bankzonen. Die Rating Agenturen sind immer noch privat und lassen Staaten erzittern. Die Leerverkäufe sind in Deutschland wieder zugelassen. Eine wirksame nationale Aufsicht und erst recht eine europäische Finanzaufsicht ist nicht im Blick. Riskante Bilanzierungsregeln, niedrige Eigenkapitalquoten gelten weiterhin, die Kredit- und Geldschöpfung ist nicht ausgebremst, der Verschuldungsgrad nicht gedeckelt, die regionalen und globalen Ungleichgewichte werden nicht abgebaut.

Wäre die Regierung lernfähig und lernwillig, hätte sie politische Entscheidungen in Brüssel nicht, wie die Kanzlerin es nennt, von der Debatte in Deutschland abhängig gemacht. Griechenland mit dem Ausschluss aus dem Euroverbund zu drohen, ist gedankenlos und gefährlich. Was ist von einer Regierung zu halten, die als Wiederholungstäterin entlarvt ist: Wieder werden die Banken und Gläubiger geschont, die Lasten werden auf die abhängig Beschäftigten, die einfachen Leute, die Bürgerinnen und Bürger in Griechenland und in ganz Europa abgewälzt. Der deutsche Anteil an der Krise liegt darin, dass die Lohn- und Einkommensentwicklung in Deutschland seit Jahrzehnten hinter der Produktivitätsrate hinterherhinkt, das die Kaufkraft und die Inlandsnachfrage nicht ausreichen, um mehr Importe anzuregen und die Leistungsbilanz ins Gleichgewicht zu bringen. Den deutschen Export- und Leistungsbilanzüberschuss zu verteidigen, hat krankhafte Züge. Entweder werden die Wechselkurse zwischen den europäischen Ländern wieder belebt oder der Euroraum wird eine solidarische Transferunion. War A zu Europa sagt, sollte auch mit das B anerkennen.

Wäre die Regierung vom Schlepptau des Finanzkapitalismus befreit, hätten Berliner Politiker nicht die Tiraden eines Leistungswahns losgetreten und gegen das Urteil des Bundesverfassungsgericht polemisiert, dass ein subjektives soziales Grundrecht auf ein menschenwürdiges soziokulturelles Existenzminimum für Bedürftige anerkannt hat. Die Regierung hat verfassungswidrig mehr als fünf Jahre lang einer großen Gruppe der Bevölkerung ein Grundrecht verweigert. So ist von unten ein Druck auf die unteren Gruppen der Erwerbstätigen entstanden, der das Armutsrisiko in einem reichen Land erhöht hat.

Vielleicht schicken die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen eine solche Regierung am kommenden Sonntag zur Nachhilfe und zum Nachsitzen.

2. Vorgehen – den Finanzkapitalismus demokratisch aneignen!

Die derzeit Regierenden in Berlin strampeln sich ab und ver Stolpern sich in der Stabilisierung der Finanzmärkte. Auf den internationalen Konferenzen hat die realwirtschaftliche Belebung die gleiche Priorität, vielleicht sogar Vorrang. Durch öffentliche Investitionen soll ein Sog auf private Investitionen ausgelöst, die Beschäftigung erhöht, Kaufkraft geschaffen und die Inlandsnachfrage gefestigt werden. Die realwirtschaftliche Belebung - das wäre ein Lernschritt, ein Aufbruch und Neustart.

(1) Der erste Schlüssel: Höhere Wertschöpfung

Die wirtschaftlichen und politischen Eliten suchen der Bevölkerung einzureden, dass „wir“ über unsere Verhältnisse leben. Das ist eine propagandistische Legende. Die Mehrheit der in Deutschland Wohnenden lebt unter ihren Verhältnissen. Das untere Viertel der Bevölkerung meldet zu Recht eine Menge materieller Bedürfnisse an. Aber die Mehrheit hat vitale Bedürfnisse, die nicht befriedigt sind: ein eigenständiges Leben zu führen, in gelingenden Partnerschaften, auch mit Kindern zu leben, im Einklang mit der Umwelt in einem Wohnumfeld, in dem Kinder und ältere Menschen zufrieden wachsen und bleiben können, autonom über die eigene Zeit verfügen zu können und sie nicht politischen oder betrieblichen Zwecken unterwerfen zu müssen. Außerdem sind sehr viele öffentliche Aufgaben unerledigt geblieben. Bibliotheken, Jugendzentren, Schwimmbäder wurden geschlossen, kommunale Straßen werden nicht repariert, sanitäre Einrichtungen verrotten.

Und das Schlimmste: Das Arbeitsvermögen junger Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden, der ihren Talenten und Interessen entspricht, und nach einer erfolgreichen Ausbildung in keine angemessene Beschäftigung übernommen werden, wird täglich mehr verschlissen. Wo wird die Generationengerechtigkeit mehr verletzt wenn nicht in der Weigerung, Jugendlichen eine Zukunftsperspektive zu bieten?

(2) Der zweite Schlüssel: Reguläre Erwerbsarbeit

Wenn so viele Menschen unter ihren Verhältnissen leben und ausgedehnte Wertschöpfungsketten erschlossen werden können, um ihre Lebensqualität zu erhöhen, bieten sich zwei innovative Beschäftigungsfelder an: ein ehrgeiziger ökologischer Umbau und die Arbeit an den Menschen.

Eine Menschenkette quer durch Deutschland hat vor kurzem deutlich gemacht, wo ein ehrgeiziger ökologischer Umbau ansetzen kann – bei einer dezentralen Gewinnung von Energie, die mit der Gewinnung von Wärme gekoppelt ist. Lernen die politischen Eliten in Berlin und die wirtschaftlichen Eliten in den Konzernen schwerfälliger als große Teile der Bevölkerung? Was nützt das Beharren auf Brückentechnologien, wenn sie wie Ruinen im Wasser stehen bleiben und an kein Ufer führen?

Die derzeitigen Verkehrsträger – Bahn, Flugzeugbau, Autoindustrie verkünden immer noch, dass sie die Mobilitätsbedürfnisse einer mündigen Bevölkerung befriedigen. Was hat die Deutsche Bahn in England zu kaufen, solange die Staatsanwaltschaft jene kriminelle Energie untersucht, die den öffentlichen Nahverkehr in Berlin mehr als

ein halbes Jahr lahmgelegt oder behindert hat? Weder die Autofirmen, die wir kennen, noch die Bahn, die uns für den Börsengang ausschachtet, noch das Flugzeug, das mit steuersubventionierten Preisen um Kunden wirbt, verdienen den Titel wirtschaftlich vernünftiger Unternehmen. Verantwortlich wirtschaften heißt nachhaltig wirtschaften, so dass das im Ganzen und auf Dauer Vernünftige mit dem moralisch Gebotenen übereinstimmt.

Ein französischer Ökonom hat davon gesprochen, dass die reifen Industrieländer an der Schwelle zum Zeitalter des Arbeitsvermögens stehen. Qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die betriebliche Organisation und die unternehmerische Hierarchie verändert. Sie haben erreicht, dass moderne Unternehmen nicht mehr die letzten vordemokratischen Zonen sind, dass sie sich in Kommunikationsnetze mit unvollständigen Verträgen verändert haben. Die Zukunft der Arbeit sei die Arbeit an den Menschen, behauptet er. Bildungsgüter, Gesundheitsgüter, der Zugang zur Kultur und Telekommunikation würden einen immer größeren Anteil am Einkommen beanspruchen. Sie müssten auch viel stärker öffentlich bereitgestellt werden, wenn alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer Kaufkraft über sie verfügen sollen.

(3) Der dritte Schlüssel: Arbeit ist keine Ware

Die große Lernerfahrung der missratenen Arbeitsmarkt- und Sozialgesetze der rot-grünen Koalition war zum einen der Absturz der SPD und der Aufstieg der Linken, die wie keine soziale Bewegung vorher, derart schnell den Eintritt ins parlamentarische System geschafft und die bestehende Parteienlandschaft aufgemischt hat. Zum andern wurde erneut belegt, dass die Arbeitsmärkte abgeleitete Märkte sind. Sie geraten in Bewegung, wenn sich vorher auf den Gütermärkten die Nachfrage belebt hat.

Deshalb sind die Institutionen zu festigen, die der Kommerzialisierung des Arbeitsvermögens einen politischen Riegel vorschieben. Die Produktivitätsrechnungen, gemäß derer einem individuellen Arbeitseinsatz ein bewertetes Arbeitsergebnis eindeutig zugeordnet werden könne, sind als Märchen der Arbeitgeber und der betriebswirtschaftlichen Logiker entlarvt. Über Löhne wird politisch durch Verhandlungen wenn möglich auf gleicher Augenhöhe entschieden. Nur wenn diese Augenhöhe halbwegs gewährleistet ist – etwa durch starke Gewerkschaften – kann von gerechten Löhnen gesprochen werden.

Ein ähnlicher Vorrang menschlicher Arbeit wird durch das individuelle Arbeitsrecht garantiert. Es ein Schutz des abhängig Beschäftigten gegen Ausbeutung und Willkür des Arbeitgebers. Und schließlich ist eine solidarische umlagefinanzierte Absicherung gegen gesellschaftliche Risiken der Arbeitslosigkeit, schwere Krankheit, die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht und Altersarmut jeder privaten kapitalgedeckten Vorsorge vorzuziehen. Sie stärkt den abhängig Beschäftigten das Rückgrat und den aufrechten Gang gegenüber dem privaten Arbeitgeber und der Arbeitsverwaltung, eine angebotene Arbeit auch ablehnen zu können.

(4) Der vierte Schlüssel: Beteiligung an der Entscheidungsmacht

Die Betriebsverfassung ist der erste und einer der wichtigsten Schritte gewesen, in den Unternehmen die Anerkennung der Menschenrechte als ein Gegengewicht gegen die Schieflage kapitalistischer Machtverhältnisse durchzusetzen.

Die paritätische Mitbestimmung im Unternehmen ist der politisch konsequente Schritt, den Kapitalismus demokratiefähig zu machen. Leider ist die Chance, von der die Kanzlerin gern redet, vertan worden, indem die Entscheidungsgremien jeder Bank, die in die Nähe einer staatlichen Regie rückt, drittelparitätisch mit Vertretern der Kapitaleigner, der Belegschaften und staatlicher (kommunaler) Organe besetzt wird. Vermutlich werden dann die privaten Gewinninteressen zivilisiert durch die Beteiligungsrechte staatlicher, öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure.

Erst die Beteiligung an den unternehmerischen Entscheidungen bietet die Chance, die Logik der finanzkapitalistischen Verteilungsregel aufzubrechen. Während vier Ressourcen in Anspruch genommen werden, um die unternehmerische Wertschöpfung zu erwirtschaften – das Arbeitsvermögen, das Gesellschaftsvermögen (öffentliche Infrastruktur, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, private Betreuungsarbeit), das Naturvermögen und das Geldvermögen (Eigen- und Fremdkapital), werden die Einkommen von drei Ressourcen als Kosten definiert und möglichst niedrig gehalten, die Einkommen der Kapitaleigner mit dem Ziel des Wirtschaftens identifiziert und möglichst hoch ausgewiesen. Dies ist moralisch als Raub und Diebstahl fremden Eigentums zu charakterisieren. Das Kapital der Eigentümer kann ja nur durch fremde Arbeit und andere fremde Ressourcen gewinnbringend verwertet werden. Also ist nur eine halbwegs faire Verteilung der Wertschöpfung auf alle in Anspruch genommenen Ressourcen moralisch gerechtfertigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Aus der Krise lernen und vorangehen zu einer demokratischen Aneignung des Finanzkapitalismus heißt: Fünf extreme Ungleichgewichte beseitigen und einen politischen Weg zu lernen, der durch eine fünffache Balance markiert ist: die Balance zwischen der finanziellen Ausstattung öffentlicher und privater Haushalte sowie der Bereitstellung öffentlicher und privater Güter, die Balance zwischen einer Arbeit an den Menschen und der Industriearbeit, die Balance zwischen der Arbeit und Arbeitszeit der Frauen und der Männer, die Balance zwischen den Interessen der Gesellschaft und dem Eigenwert der natürlichen Umwelt, und schließlich die Balance zwischen der Zeit, die der Erwerbsarbeit und der Privatsphäre gewidmet wird.